

Mährischer Grenzbote

Offizielles Nachrichtenblatt der Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel e.V.

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel e.V.
 Adresse der Geschäftsführung, Seite 2
Verlag: Mährischer Grenzbote
Erscheinungsweise: Sechs Doppelfolgen pro Jahr.
 Auslieferung am Beginn der Doppel-Ausgabe.
Druck: Druckpress GmbH, 69181 Leimen/Heidelberg.
Bezugspreis Deutschland u. europäisches Ausland: 39,00 €/Jahr.
Der Mähr. Grenzbote als E-Papier (www.iglau.de): 28,00 €/Jahr.
Kündigungsfrist: Vier Wochen vor der nächsten Ausgabe.
 Keine Rückerstattung nicht verbrauchter Abgebühren.



Verantwortlicher Schriftleiter, Verlags- und Vertriebsleitung:
Jörg Gerspach
 Erlenweg 4
 69436 Schönbrunn
 Telefon/Telefax: 06262/95090
 E-Mail: grenzbote@yahoo.de

Bankverbindung: Mährischer Grenzbote
 Volksbank Neckartal – Konto-Nr. 250 622 13 – BLZ: 67291700
 IBAN: DE75 6729 1700 0025 0622 13 – BIC: GENODE61NGD

65./167. Jahrgang

Juni/Juli 2015

Nr. 4



Oft binnen weniger Minuten mussten Haus und Hof verlassen werden, musste man sich an „Sammelplätzen“ einfinden und wurde von dort zu Fuß ins Lager getrieben.

sich nach dem ethnischen Prinzip oder dem Prinzip der Kollektivschuld ab; das ist absolut unakzeptabel. Schon Präsident Václav Havel hat das ganz klar formuliert. Es handelte sich also um eine Tat der Rache und nicht der Gerechtigkeit. Der Gesichtspunkt der politischen und strafrechtlichen Verantwortung ist durch die ethnische Zugehörigkeit ersetzt worden. Aber zwischen beiden Aspekten muss man gründlich unterscheiden. Ich bin in einer Familie aufgewachsen, die unter den Nationalsozialisten schwer gelitten hat. Meine Familie ist zur Hälfte jüdischen Ursprungs. Viele meiner Verwandten sind ermordet worden, und einige, die überlebt haben, wurden nach dem Krieg aus ihrer Heimat vertrieben. Ich bin also, mit den Fragen von Schuld und Versöhnung aufgewachsen. Daraus erwachsen für mich gleichsam in einer „Universität des Lebens“ viel wichtigere Lehren als bloß theoretische Erkenntnisse, weil diese Lehren mit konkreten Menschen und ihrem Leid verbunden sind. Versöhnung und echte Aussöhnung zählen für mich zu den höchsten Prioritäten.

PZ: Wenn Sie sagen, wir müssen unsere Position klarer fassen und weiter nachdenken: Schließen Sie darin auch die Frage der Beneš Dekrete ein?

Herman: Ich bin kein Jurist. Meiner Ansicht nach muss zuerst die Mentalität geändert werden. Und zwar vor allem in dem Sinne, dass Kollektivschuld entsprechend der ethnischen Zugehörigkeit abzulehnen ist. Das hat nicht nur Präsident Havel gesagt, sondern auch der frühere Ministerpräsident Jirí Paroubek, als er ein Wort der Entschuldigung an die Adresse der sudetendeutschen Antifaschisten gerichtet hat. Die Beneš-Dekrete sind ein Teil unseres Rechtssystems. Heute wären sie unvorstellbar und unakzeptabel. Man muss ihr Entstehen aus dem Kontext der damaligen Zeit unmittelbar nach dem Krieg verstehen (...) Die damalige Perspektive war eine andere als der heutige Blick des 21. Jahrhunderts. Aber mit dieser Feststellung will ich Unrecht von damals auf keinen Fall rechtfertigen. Es geht mir um das bessere Verständnis.

70 Jahre danach:

„Die Vertreibung der Deutschen war ein Akt der Rache.“

Auszug aus einem Interview der Prager Zeitung mit dem tschechischen Kulturminister Daniel Herman.

PZ: Sehen Sie noch Defizite auf tschechischer Seite bei der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, zum Beispiel mit den wilden Vertreibungen unmittelbar nach dem Krieg... ?

Herman: Natürlich sehe ich da noch Defizite. Die Vertreibung der Deutschen generell, nicht nur die „wilde“, aus Böhmen, Mähren und Schlesien sehe ich als einen Akt der Rache. Die Vertreibung spielte